



DGB-Gedenkveranstaltung
80. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis
am 2. Mai 1933

Rede

Michael Sommer

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

**1933: Zerschlagung der Gewerkschaften – 2. Mai 2013: Wir
stärken Freiheit, Demokratie und Solidarität**

Es gilt das gesprochene Wort!



Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten,
sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages,
meine sehr geehrten Damen und Herren aus den demokratischen Parteien
und aus der Zivilgesellschaft,
liebe aktive und frühere Mitglieder des DGB-Bundesvorstands,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich sehr, dass Sie der Einladung zu unserer Gedenkveranstaltung
gefolgt sind.

Wir haben es eben im Film gesehen und gehört: wir sind an einem Tag
zusammen gekommen, der für die schwerste Niederlage der freien
deutschen Gewerkschaften steht. Nur wenige Monate nach der
Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933 wollten die Nazis auch die
Gewerkschaften vernichten – und mit ihnen alle, die sie trugen, sowie die
Ideen, für die sie standen.

Denn für die Nazis waren die freien Gewerkschaften eine Gefahr. Hatten
unsere Vorläuferorganisationen doch bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr
1933 fast drei Viertel der Stimmen erhalten und der Nationalsozialistischen
Betriebszellenorganisation eine deutliche Niederlage erteilt.

Die Rache folgte schnell und brutal: Nur Stunden, nachdem die Nazis den 1.
Mai als „Feiertag der nationalen Arbeit“ inszeniert hatten, besetzten und
verwüsteten SA-Kommandos Gewerkschaftshäuser, Büros und Wohnungen.
Viele Gewerkschafter wurden, sofern sie nicht schon untergetaucht oder ins
Exil gegangen waren, verhaftet oder in Konzentrationslager verschleppt,
gefoltert, und nicht wenige wurden ermordet.



Wir gedenken ihrer heute in Dankbarkeit für ihren Wagemut, ihre Risikobereitschaft, ihren Widerstand. Denn ihnen verdanken wir nicht mehr und nicht weniger als unser Bekenntnis zu Demokratie und Freiheit, ohne das die Gewerkschaften nicht existieren und kämpfen können.

Auch deshalb bekennen wir uns ausdrücklich in unseren Satzungen dazu, von dem im Grundgesetz geschützten Widerstandsrecht Gebrauch zu machen, wenn Freiheit und Demokratie in ihren Grundfesten gefährdet sind oder angegriffen werden. Auch das ist eine Lehre aus den Ereignissen im Frühjahr 1933.

Zur freiheitlichen Demokratie gehören für uns nicht nur die Notwendigkeit von Parteien und das System der direkten, vor allem aber der repräsentativen Demokratie.

Für uns heißt Demokratie auch, dass sie nicht an den Werkstoren oder vor den Büropalästen enden darf. Deswegen ist für uns die Mitbestimmung ein zentrales Element der sozialen Marktwirtschaft und zugleich Ausdruck des Demokratieprinzips in der Arbeitswelt.

Dabei vergessen wir nicht, dass die betriebliche Mitbestimmung ihren Ursprung in der Weimarer Republik hatte, dort von den Arbeitern gelebt, vom Kapital bekämpft und von den Nazis zerschlagen wurde.

Nicht zuletzt bekennen wir uns zur Freiheit. Die Achtung und Verteidigung der Menschenwürde, der Grundrechte und der Freiheitsrechte unseres Grundgesetzes sind für uns Verpflichtung. Und natürlich treten wir aktiv ein für den Erhalt und Ausbau unseres Sozialstaates.

Unsere unmittelbaren Freiheitsrechte sind festgeschrieben im Artikel 9. Abs. 3. unseres Grundgesetzes. Nur mit Vereinigungsfreiheit und Koalitionsrecht, Tarifautonomie und Streikrecht können wir dem Kapital auf Augenhöhe entgegen treten.

Dies ist die Grundlage unserer Gestaltungsfähigkeit – auch die Basis für eine soziale Partnerschaft.



Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

niemand kann heute ermessen, wie schwer die Lage für unsere Kolleginnen und Kollegen 1933 war. Und niemand sollte im Nachhinein über sie richten, über sie urteilen, sie vielleicht sogar verurteilen.

Sicher, manche haben sich schnell angepasst – doch in der großen Mehrheit nicht aus Überzeugung, sondern um ihre Organisationen zu retten. Sie wussten sich angesichts des Terrors, auch angesichts der Zustimmung der Schwerindustriellen für die neuen Machthaber, nicht mehr anders zu helfen.

Wer von uns kann für sich in Anspruch nehmen, er oder sie hätte anders gehandelt, wäre mutiger gewesen, hätte mehr riskiert? Es war eben nicht das Versagen Einzelner, das dem Zusammenbruch der Organisationen vorausging.

Es war das Versagen der Organisationen selbst, ihr strukturelles Problem, noch dazu in einem zutiefst demokratiefeindlichen Umfeld. Denn die deutschen Gewerkschaften waren seit Jahren zersplittert, sie waren uneinig, sie waren sich selbst die größten Feinde. Ihnen fehlte eine gemeinsame, auch geistige, Basis, um sich mit der nötigen Entschlossenheit den Nazis entgegenzustellen. 1920, beim Kapp-Putsch, konnten sie diese Gemeinsamkeit noch aufbringen. Gut zehn Jahre später sollte das unmöglich sein.

Zentrales Vermächtnis derer, die aus Zersplitterung und Streit in der Weimarer Republik gelernt haben, ist die Gewerkschaftseinheit. Sie war der wichtigste Auftrag, den uns die Häftlinge der Konzentrationslager und Nazi-Gefängnisse auf den Weg gaben: Schafft die Einheit!

Dieser Gedanke trägt uns und ist lebendig wie damals:



Frauen und Männer, jung und alt, Beamte, Arbeiter und Angestellte, in **einer Gewerkschaft** – frei von Rassismus und tolerant untereinander, unabhängig von Parteien, Kirchen oder weltanschaulicher Bindung.

Ein Betrieb, eine Gewerkschaft, keine Tarifkonkurrenz, keine Organisationskonkurrenz.

Einig, nur dem Wohl der arbeitenden Menschen verpflichtet – in einer freien und demokratischen Gesellschaft. Das ist der Kern der Lehren, die wir gezogen haben. Es ist eine Erkenntnis, die ihre Strahlkraft nicht verloren hat.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

wir freuen uns sehr, dass Sie uns heute die Ehre geben und zu uns sprechen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.